

Arbeitskräftemangel in Deutschland

Gerd Eisenbeiß , 15. Januar 2023

Seit einiger Zeit ist nicht mehr zu übersehen, dass in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen Arbeitskräfte fehlen; erstaunlich ist zudem, dass diese und andere Knappheiten bei Planungen und Zielsetzungen schlicht ignoriert werden. Schnell kommt dann der Vorschlag, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, ohne zu kalkulieren, wieviel zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, um diese und ihre Familien anständig mit Wohnraum und Hilfen bei der Integration zu unterstützen - man denke nur an Sprachkurse, Kindergärten, Schulen etc.

Zunächst zur 1. Frage: **Warum fehlen überall Arbeitskräfte?**

Da muss man zunächst unterscheiden zwischen dem Arbeitskräftemangel in Bereichen der binnenwirtschaftlichen Versorgung, z.B. mit Pflege-, Lehr- und Sicherheitspersonal. Anders zu beurteilen sind jene Mangelmeldungen, die entgangene Auslandsaufträge beklagen. Der DIHT beklagt 2 Mio. fehlende Fachkräfte, insbesondere solche mit Ausbildungsberufen.

Eine fast schon triviale Begründung für einen Teil des Kräftedefizits ist die Alterung der deutschen Gesellschaft und die Weigerung der eher linken Parteien, das Rentenalter entsprechend anzupassen.

Eigentlich sollte eine Bevölkerung von über 80 Millionen in der Bilanz seine eigenen Bedürfnisse befriedigen - natürlich auch im Austausch mit anderen Völkern, die bestimmte Dinge besser können und ausgleichend deutsche Produkte und Dienstleistungen attraktiver finden als die eigenen. Dieser Austausch mit anderen Völkern, Staaten, Regionen sollte sich in der Leistungsbilanz als ausgeglichen mit Null bilanzieren, wie dies auch für Deutschland bis kurz nach 2000¹ galt.

Nun ist es aber so, dass Deutschland seit Jahren einen **Leistungsbilanzüberschuss über 200 Mrd €** aufweist: 2020/2021 waren es 242, b.z.w. 265 Mrd. €, 2022 sind es kriegsbedingt wahrscheinlich „nur“ um 150 Mrd. €. Bezieht man die Bilanzüberschüsse auf das BIP, bekommt man eine Ahnung, warum überall Arbeitskräfte für die Bedürfnisse der Bevölkerung fehlen: grob 7,5% der Beschäftigten arbeiten z.B. 2021 für Bedürfnisse anderer Länder und der Erlös für diese Arbeit fließt in Eigentumsrechte an Kapital außerhalb Deutschlands.

Ob es ein erhebliches Problem ist, dass **entgangene Auslandsaufträge** nicht bearbeitet werden können, wird ein exportorientiertes Unternehmen anders beurteilen als ein Krankenhaus, das seine Bevölkerung nicht mehr angemessen versorgen kann, oder die Bundesbauministerin, die 400.000 Wohnungen bauen lassen soll, davon höchstens 75% schafft und für noch mehr Immigration erst recht keine Lösung hat.

¹ Im Jahr 2000 hatte Deutschland ein Defizit von 29 Mrd.

Kann **Immigration** die Probleme wirklich lösen? Warum sorgt die EU-interne Freizügigkeit nicht für Ausgleich zwischen den nationalen Arbeitsmärkten, etwa der höheren Arbeitslosigkeit in Spanien und der praktischen Vollbeschäftigung in Deutschland? Wahrscheinlich wird diesen vielfach qualifizierten Arbeitskräften kein attraktives Angebot gemacht, was wiederum beim Wohnungsmangel und Mietpreisen beginnt und beim gebotenen Netto-Einkommen noch nicht endet. Die Vorstellungen der Befürworter von Anwerbungen im Ausland scheinen realitätswidrig von Immigranten auszugehen, die keine Arbeit verursachen, die Familien zuhause lassen und in Containern hausen.

Nun gibt es viele Maßnahmen und Vorschläge, was zu tun ist, nicht zuletzt im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung - von Integration der schwer vermittelbaren Arbeitslosen über mehr berufstätige Frauen bis zur Erhöhung des Rentenalters und Bürokratie-Abbau²; das alles ist seit vielen Jahren auf dem Tisch: mir fehlt der Glaube, dass da nun wesentlich Zusätzliches passiert.

Wir sollten also wohl im Wesentlichen mit den Menschen auskommen, die bereits in Deutschland leben oder unabweisbar aus Krisen- und Kriegsregionen hinzukommen; eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters, die zugleich das Rentenfinanzierungsproblem erleichtert, müsste doch für alle angenehmer sein, als der zusätzliche Import von Menschen aus fernen Kulturen.

Die eigentliche „Lösung“ scheint mir das Abschmelzen des Leistungsbilanzüberschusses. Das ist zwar weder der Wirtschaft noch der Politik zu vermitteln, auch weil damit eine enorme Umleitung von Finanz- und Einkommensströmen verbunden wäre. Es wird aber wahrscheinlich ohnehin passieren, denn Deutschland wird in vielen Bereichen seine einzigartige Wettbewerbsfähigkeit³ verlieren; das hat bereits begonnen an der Rohstofffront (nicht nur Energie!) und wird durch den Klimaschutzzehrgeiz verstärkt, dem die Welt so nicht folgen wird, jedenfalls nicht tempogleich.

Die 2. Frage aber war, warum der konstatierte **Arbeitskräftemangel bei Planungen immer wieder ignoriert** wird - warum es z.B. keine realistische Einschätzung der verfügbaren Baukapazitäten gibt, an den die dringende ökologische Sanierung der Verkehrs- und Gebäudeinfrastruktur hängt und natürlich jeder Neubau.

Der hier präsentierte Vorschlag dazu: ein neues Instrument, parallel zu den monetär formulierten Haushalten der Staatsebenen Personaletats aufzustellen, um die personelle Ausstattung der verschiedenen Bereiche transparent und realistisch zu machen.

² In der wunderbaren britischen Satire „Yes, Minister“ wird sehr realistisch gezeigt, wieviel Zusatzpersonal erforderlich wird, wenn man im öffentlichen Bereich Personal abbauen will.

³ Manche sprechen von einem Ärgernis der Weltwirtschaft!

Die Beispiele für die Knappheit an Arbeitskräften sind weithin bekannt, sei es bei Betreuung und Beschulung der Kinder (incl. Inklusion!), sei es bei der Versorgung und Pflege kranker und alter Mitbürger, umfassend auch im Bereich innerer und äußerer Sicherheit, sogar in der öffentlichen Verwaltung, von deren Funktioniern wiederum alle anderen Bereiche abhängen. Dazu kommen die Engpässe im Personen- und Warentransport sowie bei Fachkräften für die überfällig zu beschleunigende Digitalisierung.

Die relevanten Zusammenhänge sind komplex; so kann man ohne Zweifel mehr Pflegepersonal gewinnen, wenn man besser bezahlt; man weiß dann aber immer noch nicht, in welchen anderen ähnlichen Bereichen (z.B. Kinderbetreuung?) dann noch weniger Personal gewinnbar ist, denn es fehlen ja überall Arbeitskräfte.

Der Vorschlag ist daher, ein zusätzliches Planungsinstrument auf der Ebene der jeweiligen politischen Einheit Gemeinde, Land, Bund zu schaffen, das die monetäre Ressourcenplanung ergänzen sollte: den jeweiligen Haushalten sollte ein Personalplan, besser ein den finanziellen Etat ergänzendes Tableau, parallel geschaltet werden, der aus den jeweiligen Fachplanungen zu aggregieren ist; natürlich müssen diese Pläne auch die Fluktuation in den Beschäftigungsbereichen berücksichtigen, also z.B. das alters- oder krankheitsbedingte Ausscheiden von Lehrern, Pflegern etc. sowie die Situation in den entsprechenden Ausbildungsgängen. Wenn es um Immigration und deren Bewältigung geht, sind eben auch die Wohnbedürfnisse zu berücksichtigen sowie die zusätzlichen Arbeitskräfte für Betreuung und Beschulung der zumeist fremdsprachigen Kinder.

Ein solcher ergänzender Parallelplan wird wegen Arbeitskräftemangel nicht auf einmal entstehen können, d.h. es sollte in kritischen Bereichen begonnen werden (etwa Pflege, Immigrationsbewältigung) und dann über einige Jahre ein Gesamtgerüst entstehen, das wie der monetäre Etat nur noch in der Aktualisierung und Weiterentwicklung bearbeitet werden muss.

In jedem Fall müssen solche Personalpläne öffentlich gemacht und diskutiert werden, insbesondere in den parlamentarischen Gremien der jeweiligen Staatsebene. **Und sie müssen eine strenge Konsequenz haben:** wenn so erkannt wird, dass ein politisches Ziel personell nicht adäquat ausgestattet werden kann, muss es (oder ein in den Ressourcen konkurrierendes) aufgegeben, mindestens aber verschoben werden.